

Demokratie in der Krise oder Zeitenwende?

Repräsentation, soziale Ungleichheit und Emotionen in der Politik

Das Jahresthema des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten im Jahr 2017 lautet: „Demokratie in Gefahr? Rechtspopulismus und die Krise der politischen Repräsentation“. In den vier Ausgaben 2017 der „Außerschulischen Bildung“ wird jeweils ein Beitrag aufgenommen, in dem Zugänge zum Jahresthema in der politischen Bildung vorgestellt werden. Im ersten Beitrag geht der Autor der Frage nach, wodurch die Krise der Demokratie befördert wurde und fasst in fünf Thesen wesentliche Eckpunkte der Diskussion zusammen. von Achim Schröder

Aus einer kritischen Perspektive erscheint eine Bedrohung der Demokratie nicht wirklich neu. Schon lange wird vor der zunehmenden Entfremdung zwischen Politik und Bevölkerung gewarnt, vor der weitgehenden Abhängigkeit der Politik von wirtschaftlichen Interessen und vor einer wachsenden Ungleichheit, die mit Demokratie unverträglich sei. Und doch sind wir alle von der Wucht der jüngeren Entwicklung so überrascht, dass viele seit dem *Brexit* und spätestens seit der Wahl von *Donald Trump* zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von einer *Zeitenwende* sprechen. Mit Parolen der Abschottung, der Re-Nationalisierung und Anti-Globalisierung werden Wahlen gewonnen und autoritäre Präsidenten erhalten ungeahnten Rückenwind.

Während sich eine kritische Haltung gegenüber der Globalisierung vor allem über die Weltsozialforen und in einer basisorientierten Linken ausbreitete, wird die Globalisierung jetzt zu einem Dreh- und Angelpunkt der rechten Strömungen. Die Globalisierung steht für die Ängste, mit denen die rechten Parteien und ihre Demagogen die Bevölkerung weit über die explizit rechts eingestellten Kreise hinaus erreichen können. Wir haben es also mit einer Zeitenwende zu tun und befinden uns mitten in einem Umbruch, von dem wir noch nicht wissen, wie er sich auf die

Demokratien auswirken wird. So diskutierte die politische Philosophin *Judith Butler* kürzlich über das weite Spektrum der möglichen Entwicklungen in Amerika zwischen „Reform, Widerstand oder Zusammenbruch“ (Butler 2016b).

Eine fundierte Diagnose über die zu erwartende Entwicklungsrichtung kann man derzeit nicht erstellen. Aber man kann der Frage nachgehen, wodurch die Krise der Demokratie befördert wurde und welche Daten man in die Analyse einbeziehen sollte. Dazu habe ich im folgenden Beitrag unter fünf Thesen wesentliche Eckpunkte zum Nachdenken und Diskutieren zusammengefasst.

1. Die Zahl der Nichtwähler und die sinkende Zahl der Parteimitglieder können als Zeichen einer strukturellen Krise der repräsentativen Demokratie gelten.

Repräsentative Politik basiert darauf, dass man mittels Parteien und Wahlen den gewählten Vertreterinnen und Vertretern die Aufgaben zur politischen Interessenvertretung überträgt. Diese Form wird auch als *vertikale Politik* bezeichnet (vgl. Tormey 2015, S. 18 f.). In Europa sind „die Mitgliederzahlen der Parteien, im Verhältnis zur Größe der Wählerschaft, von rund 25 bis 30 Prozent in vielen →

Fällen auf 2 bis 3 Prozent gesunken“ (ebd., S.33). Das hat verschiedene Auswirkungen. Zum einen wird die Personaldecke der Parteien immer dünner; sie verfügen damit über eine sehr begrenzte Auswahl für ihre Kandidaten. Zum zweiten bestimmen nur noch zwei bis drei Prozent der Bevölkerung über die Programme und Ausrichtungen der Parteien. Und nicht zuletzt befinden sich die Parteien durch diese Situation in einem Teufelskreis, wenn sie angesichts kleiner Mitgliedsgruppen vor Ort kaum noch attraktiv für einen Neuzuwachs sind.

Neben den Parteien haben sich seit den 1970er Jahren soziale Bewegungen und bürgerschaftliche Initiativen gebildet, die den Menschen bei unterschiedlichsten Themen und Bedürfnissen eine Stimme geben. Die direkten Möglichkeiten, sich selbst am Politischen zu beteiligen, sind auf diese Weise – und nicht zuletzt durch die neuen sozialen Medien – enorm gewachsen. Diese Formen des Politischen kann man entsprechend als *horizontal* bezeichnen. In den zivilgesellschaftlichen Gruppen und NGOs sind Personen aktiv, mit denen man auf einer ähnlichen Stufe steht und die nur in ausgewählten bzw. überschaubaren Themenfeldern ihre Aktivitäten entfalten. Das ist anders als in hierarchisch aufgebauten Parteien, die zudem das ganze thematische Spektrum abzudecken haben.

2. Die gesellschaftliche Ungleichheit ist deutlich gestiegen und wurde durch eine „neoliberale Komplizenschaft“ (Nachtwey) abgesichert.

Die Einkommensungleichheit hat sich in den ersten Nachkriegsjahrzehnten verringert und ist seit den 1970er Jahren erneut deutlich auseinandergedriftet. Das wird von vielen empirischen Studien belegt und beispielsweise von *Oliver Nachtwey* (2016, S. 71 ff.) zusammenfassend dargestellt. Die neoliberale Ausrichtung der Politik und deren Unterstützung gelten als wesentlich verantwortlich für diese Entwicklung.

Der Grundgedanke der neoliberalen Ökonomie beginnt sich in den 90er Jahren auszubreiten und knüpft an Tendenzen zur Individualisierung und an Wünsche der Arbeitnehmer/-innen in der autoritär strukturierten Arbeitswelt an, über mehr Autonomie und Flexibilität zu verfügen. Daraus wurde die neoliberale Botschaft: Das Individuum soll seine Ökonomie in Selbstverantwortung regulieren und zugleich auf gesellschaftliche Absicherungen weitgehend verzichten. Die Macht des Neoliberalismus hat sich auf diese Weise quasi von innen her abgesichert, „indem man Anreize für die Menschen schuf, sich selbst als Subjekte zu betrachten, die ihrem Wesen nach auto-

nom und unternehmerisch sein sollten und denen kollektive gesellschaftliche Lösungen und Institutionen suspekt erschienen“ (ebd., S. 80 f.). Das gelang vor allem in den 90er und 00er Jahren, als die Skepsis gegenüber Dienstleistungsbetrieben in staatlicher Hand geschürt wurde und Privatisierungen auch auf breiten Zuspruch in der Bevölkerung stießen. *Oliver Nachtwey* spricht deshalb in seinem viel beachteten Buch „Die Abstiegs-gesellschaft“ von einer *neoliberalen Komplizenschaft*, weil es gelang, die Menschen für diese neue Form der Herrschaftsausübung zu gewinnen, bzw. sie in diese Herrschaft zu verstricken. Vor allem für die unteren Schichten der Gesellschaft, aber auch für große Teile der Mittelschicht erweisen sich die Entwicklungen als fatal. Angesichts der sinkenden sozialen Absicherungen sind die Arbeitnehmer/-innen – vor allem in den neuen Formen als Leiharbeiter, als Mini-Jobber und in Sub-Unternehmen – wieder vermehrt austauschbar und entbehrlich. Wem es nicht gelingt, sich am Markt zu behaupten, ist selbst schuld und verfügt eben nicht über die entsprechenden Qualifikationen, für die man wiederum selbst verantwortlich ist. Das höchste Lebensziel liegt nach der neoliberalen Ideologie in der Verpflichtung „den eigenen Marktwert zu maximieren“ (Butler 2016a, S. 24).

Mit diesen neuen Gefährdungen – auch als *Prekarität* bezeichnet – geht eine Eskalation der Ängste vor der eigenen Zukunft einher (vgl. ebd., S. 25). Heranwachsende reagieren auf diese Botschaften oft mit Anpassungsmechanismen, indem sie vor allem auf die verwertbaren Qualifikationen und Zertifikate achten und beispielsweise ihr Auslandsjahr weniger aus Neugier als zum Zertifikaterwerb nutzen. Auf der anderen Seite gibt es natürlich diejenigen, die unter den herrschenden Konkurrenzbedingungen angesichts ihrer unteren sozialen Lage von vornherein kaum Chancen sehen und sich entsprechend fatalistisch oder auch aggressiv verhalten. Und nicht zuletzt sind als drittes und paralleles Reaktionsmuster die weltweiten Besetzungen der öffentlichen Räume durch die Occupy-Bewegung und die jugendlichen Massenproteste, wie in Spanien ab 2011, zu erwähnen.

3. Die Rolle der Familie bei der Reproduktion gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse wurde, wie jüngere Studien zeigen, eine Zeit lang unterschätzt.

In den 70er und 80er Jahren der Protestbewegungen und Jugendkulturen, die von der jüngeren Generation maßgeblich getragen wurden, kam es zu vielen Konflikten mit den etablierten Institutionen und der Erwachsenengesellschaft. Die Norm-Konflikte spielten sich auch und

gerade in den Familien ab. Die Generationskonflikte waren politisiert und es schien so, als würde der Drang jugendlicher Verselbstständigung immerzu mit einem Drang nach politischer Emanzipation verknüpft sein. Bereits Ende der 90er Jahre wurde erkennbar, wie sich die Generationskonflikte auf andere Themen verlagerten und wie sich die normativen Vorstellungen zwischen Eltern und ihren Kindern annäherten (vgl. Deutsche Shell 2000). Damit wurde der Spielraum für Jugendliche offenbar wieder eingeengt, kulturell und politisch neue und eigene Wege zu gehen.



Foto: zettberlin/photocase

Jüngere Untersuchungen belegen, dass der soziale Ort des Aufwachsens weiterhin und teilweise sogar vermehrt darüber bestimmt, welche Ausbildung eine Familie ihren Kindern finanzieren kann und welche Bildungsgüter sowie kulturellen Kompetenzen sie ihnen im tagtäglichen Austausch vermittelt. Beispielsweise zeigt der Bildungsbericht 2016, dass junge Leute mit Hauptschulabschluss sehr stark festgelegt sind auf Berufe in unteren Einkommensegmenten und über die geringsten Aufstiegsmöglichkeiten verfügen. Sie sind von anderen Berufsstufen relativ dauerhaft abgeschottet (vgl. Baethge/Wiek 2016, S. 24). Diese Untersuchungen bestätigen weitgehend die Theorien von Bourdieu (1994) über die Relevanz des sozialen, kulturellen und symbolischen Kapitals für die soziale Reproduktion.

Die an der Hochschule Darmstadt in Zusammenarbeit mit der *Hans-Böckler-Stiftung* durchgeführte *Wirkungsstudie zur politischen Jugendbildung* (vgl. Balzter/Ristau/Schröder 2014) verweist auf die prägende *Bedeutung der Familie für die politische Sozialisation*. So finden Kinder und Jugendliche, die in einer sozial belasteten Familie mit wenig Bildungskapital aufwachsen, ein schwaches Anrengungsmilieu vor. Sie erleben sich als weit entfernt von den gesellschaftlichen Macht- und Einflusszonen. Einige der in

der Wirkungsstudie befragten Jugendlichen konnten sich allerdings von der Bildungs- und Politikferne ihres familiären Milieus befreien, weil sie in der außerschulischen Jugendbildung markante Anregungen bekamen, wegweisende Personen trafen und kollektive Anbindungen fanden. Insofern ist die soziale Herkunft zwar als prägend und begrenzend anzusehen im Hinblick auf die Fähigkeiten und Motivationen, sich an Bildung und Politik zu beteiligen – nicht aber als determinierend.

Auch die kürzlich publizierte Engagement-Studie der *Friedrich-Ebert-Stiftung* zeigt den starken Einfluss der Familie. Diese Studie hat die Zielgruppe der bereits Engagierten näher untersucht und sie nach den Hintergründen und Anregungen zu ihrem politischen Engagement befragt (vgl. Schröder 2016). Fast vier Fünftel der Engagierten nennen Vater, Mutter, Geschwister bzw. „die Familie“, die ihnen Politik nähergebracht und sie zu konkreten Aktivitäten angeregt hat. Auf der anderen Seite geben nur vier der 20 Engagierten an, dass ihre Eltern wenig Interesse an Politik hatten und sie sie weniger an ein Engagement herangeführt als vielmehr gegenüber solchen Aktivitäten ausgebremst haben.

Die Daten beider Studien bestätigen, wie schwer es Heranwachsende in eher politikfernem Milieu haben, sich von der politischen Sozialisation in der Familie abzusetzen und sich im Unterschied zu den Eltern zu engagieren.

4. Die Parteien der neuen Rechten sind keine „Arbeiterparteien“, ziehen aber Wähler aus dem Arbeitermilieu überproportional an.

Die neuen rechten Strömungen in Europa und den USA – besonders der *Brexit* und der Aufstieg der AfD in Deutschland und jetzt noch die *Trump*-Wahl – haben eine heftige Diskussion darüber in Gang gesetzt, ob vor allem die Arbeiterklasse bzw. das neue Prekariat den Rechten ihre Stimme geben. Das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung* (DIW) hat die Veränderung der AfD zwischen 2014 und Mitte 2016 untersucht und kommt zu dem Ergebnis, dass hinsichtlich Bildung und beruflicher Position eine deutliche Verschiebung stattgefunden hat. Der Anteil der AfD-Anhänger mit höherem Bildungsabschluss stagnierte, der Anteil mit niedrigem und mittlerem Abschluss stieg demgegenüber markant von 2 % in 2014 auf 5 % bzw. 7 % in 2016 (vgl. Kroh/Fetz 2016, S. 716). Diese Entwicklung zeigt sich ebenso bei den Berufsgruppen. „Hier stieg die Anziehungskraft der Partei im Zeitraum 2014 bis 2016 sehr deutlich unter den ArbeiterInnen von zwei auf elf Prozent und unter den Arbeitslosen sogar von einem auf 15 Prozent.“ →

(Ebd.) Einen Monat nach dieser Analyse fand die Wahl in Mecklenburg-Vorpommern statt. Die Wahlauswertung bestätigt, dass die AfD zwar aus allen Schichten gewählt wird und nicht als neue Arbeiterpartei gelten kann, aber der Arbeiteranteil unter den AfD-Wähler beträgt 33 % und der Anteil der Arbeitslosen unter den AfD-Wählern immerhin 29 %. Die AfD hatte bei dieser Wahl einen höheren Arbeiter/-innen-Anteil *als alle anderen Parteien*; der Stimmenanteil von Arbeitern bei der Partei der Linken beispielsweise betrug nur 10 % (vgl. taz 2016).

Den Rechten gelingt es derzeit, die Wut der Deklassierten auf die aktuellen politischen Eliten zu kanalisieren und das Bedürfnis nach Abschottung gegenüber allem Fremden und vermeintlich Gefährlichen zu mobilisieren. Die Abschottung erscheint als Rettungsanker. Die mobilisierten Affekte binden offenbar viel angestaute Aggressionen, die sich in Form von Hass gegen die politischen Eliten und gegen die Fremden entladen. Die Sozial- und Bildungspolitik der neuen Rechten spielt dabei nahezu keine Rolle, denn das politische Programm der AfD z. B. ist keineswegs arbeitnehmerfreundlich.

5. Die Relevanz von Emotionen in der Politik und für die politische Willensbildung wurde einerseits vielfach unterschätzt und wird andererseits mit einem Sprung ins „Postfaktische“ auf den Kopf gestellt.

In der politischen Theorie kommt den Gefühlen bislang immer noch ein sehr begrenzter Stellenwert zu. „Die Demokratie vertraut auf die Verstandeskraft der politischen Akteure.“ (Dustdar 2008, S. 32) Obwohl uns die Geschichte vielfach lehrt, wie sich mit der Mobilisierung von Gefühlen – und hier vor allem den Ängsten – richtungsweisende und oftmals fatale Entscheidungen beeinflussen lassen und obwohl die Medien die Affekte der Menschen geradezu täglich auch im Hinblick auf die politischen Haltungen nutzen, basiert das Menschenbild der politischen Wissenschaft – und auch der politischen Bildung – weitgehend auf Rational-Choice-Theorien.

Trotz dieses Ausschlusses in der Theorie nehmen in aktuellen Diskursen zu Politik und politischer Bildung jeweils solche Begriffe einen zentralen Stellenwert ein, die emotionale Haltungen beschreiben: Betroffenheit, Motivation, Interesse, Politikverdrossenheit und Empathie (vgl. Besand 2014, S. 377). Deshalb nennt *Anja Besand* den Umgang mit Emotionen in der politischen Bildung einen „blinden Fleck“; die emotionale Seite bereite der politischen Bildung „allergrößte Schwierigkeiten, (sich) (...) diesen Zusammenhängen systematisch zuzuwenden“ (ebd., S. 376).

Wissenschaftlich betrachtet, gehört die dualistische Vorstellung von einer Aufteilung im Menschen in eine rationale und eine emotionale Komponente der Vergangenheit an. Die bildgebenden Verfahren der Hirnforschung haben belegt, dass „Gefühle und Gedanken gleichermaßen neuronale Aktivitäten darstellen“, die nicht zu unterscheiden sind (Heidenreich 2012, S. 9). Gefühl und Vernunft existieren nicht getrennt voneinander, vielmehr sind auch jene als rational wahrgenommenen Entscheidungen mit Gefühlen verwoben. Gefühle sind oftmals der Ausgangspunkt für eine Erkenntnis, denn die Gefühle lenken bei einer anstehenden Entscheidung die Aufmerksamkeit auf jene negativen Folgen, die eine Entscheidung für das Subjekt haben könnte. Bevor ein Mensch rational abwägen kann, welche Entscheidung einleuchtend wäre, sind die emotionalen Im-



Foto: ZWEISAM/photocase

pulse bereits wirksam. Gefühle haben somit eine kognitive Funktion und sind nicht länger auf einen störenden Einfluss zu reduzieren (vgl. ebd.). Sie sind vielmehr als integraler Bestandteil von Erkenntnisprozessen zu betrachten.

Ein Fallbeispiel aus der Wirkungsstudie zur politischen Jugendbildung mag das verdeutlichen: Mario engagiert sich seit seinem 13. Lebensjahr als Klassen- und Schulsprecher und im kommunalen Jugendgemeinderat, nimmt an Veranstaltungen der politischen Jugendbildung teil und behält dennoch eine deutliche Distanz gegenüber dem Politischen. Er erklärt das damit, dass er sich mit dem Leid anderer Menschen nicht beschäftigen könne, da er selbst genügend konkrete Alltagsprobleme hat. Offenbar kommt noch ein kollektives Deutungsmuster hinzu, das die Ohnmachtshaltung der sozioökonomisch Benachteiligten und ihr Misstrauen gegenüber den „Mächtigen“ und den Medien als deren Machtinstrument ausdrückt. Die kollektive gesellschaftliche Ohnmachtserfahrung und das Gefühl,

„nicht berechtigt zu sein, sich überhaupt mit Politik zu beschäftigen, ermächtigt zu sein, politisch zu argumentieren (...)“ (Bourdieu 1994, S. 639), stehen bei Mario anscheinend in einer Wechselwirkung mit bestimmten biographischen Erfahrungen bzw. verstärken diese. Damit trägt auch diese Ohnmachtserfahrung zu der bisherigen Nichtbefassung Marios mit Politik bei (vgl. Balzter/Ristau/Schröder 2014, S. 143 ff.).

Der Erfolg der Rechtspopulisten und Autokraten basiert darauf, erfolgreich Gefühle der Angst und des Hasses anzusprechen und anzuheizen und sich um die Fakten nicht mehr zu kümmern. Hinzu kommt der neue Umstand, „dass im Internet falsche Behauptungen weiter massenhaft und unbeirrt durchgehalten werden, auch wenn sich die, die sie geäußert haben, in sachlicher Hinsicht nach Strich und Faden blamiert haben“, so der Medienwissenschaftler *Jochen Hörisch* (2016, S. 2). Das Mediensystem im Internet kennt keine journalistischen *Gatekeeper* und „jeder noch so durchgeknallte Kopf (darf) ungestraft mitreden und dafür Aufmerksamkeit erwarten“ (ebd.). Allerdings handelt es sich nicht nur um durchgeknallte Köpfe, sondern auch um jene Menschen, die aufgrund ihrer Ohnmachtserfahrungen und ihres Abgehängtseins eine Wut gegenüber denen „da oben“ entwickelt haben und diese nun ausagieren können.

Man könnte somit auch sagen, dass sich eine Praxis des Politischen rächt, die Gefühlen der Ohnmacht und Wut keinen Raum gegeben hat, um sie in institutionellen Kontexten und öffentlichen Räumen äußern zu können, in einer Verbindung mit Sachfragen zu reflektieren und in vernünftige politische Handlungsinitiativen umzusetzen.

Schlussbetrachtungen

Zusammenfassend soll die soziale Frage hervorgehoben werden, die in den Sozialwissenschaften, die sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten wesentlich von den Individualisierungstendenzen leiten ließen, in den Hintergrund gedrängt wurde. In den voranstehenden fünf Thesen wurde mehrfach deutlich, wie eng die soziale Frage jedoch in einem Zusammenhang steht mit den strukturellen Benachteiligungen und Ungleichheiten, mit den neoliberalen Strukturveränderungen und auch mit den Wählerwanderungen.

Zu diesen neuen Wahrnehmungen hat das in den letzten Monaten viel diskutierte Buch „Rückkehr nach Reims“ von *Didier Eribon* (2016) wesentlich beigetragen, weil es die tiefsitzenden gesellschaftlichen Ungleichheiten aus der Sicht der Ausgegrenzten und Betroffenen wieder in den Fokus rückt (vgl. auch die Rezension in dieser Ausgabe).

Eribon ist in einem kommunistisch wählenden Arbeitermilieu aufgewachsen, hat die großen Schwierigkeiten eines Bildungsaufstiegs in der französischen Gesellschaft am eigenen Leib erfahren und musste nach Jahren der Distanz gegenüber seinem Elternhaus bei seiner „Rückkehr“ feststellen, dass man in diesem Milieu inzwischen die politischen Seiten gewechselt hat und den *Front National* wählt. *Didier Eribon* analysiert die Ursachen für diesen Wandel. Er zeigt in seiner autobiographischen und theoretischen Studie, wie vom individualisierten und pluralisier-

Den Rechten gelingt es derzeit, die Wut der Deklassierten auf die aktuellen politischen Eliten zu kanalisieren und das Bedürfnis nach Abschottung gegenüber allem Fremden und vermeintlich Gefährlichen zu mobilisieren.

ten Kampf zur Erweiterung von Autonomie und Lebensweisen in den letzten Jahrzehnten vor allem diejenigen profitierten, die der akademischen Mittelschicht angehören. Zugleich sind die Risiken der Lebensführung für die unteren Klassen erheblich gestiegen. Und *Eribon* wirft der Linken vor, die unteren sozialen Klassen sich selbst überlassen zu haben. Den prekär Beschäftigten fehlte damit ein Diskussionszusammenhang und eine kritische Theorie, um ihre Alltagserfahrung einordnen und überschreiten zu können: „Der Zweck gesellschaftlicher Theorien besteht doch gerade darin, von den Handlungs- und Selbsteinschätzungslogiken der Akteure zu abstrahieren.“ (Ebd. 2016, S. 45) Erst der Bruch mit den spontanen Selbstwahrnehmungsweisen und internalisierten Wahrnehmungsmustern ermöglicht ein Verstehen der sozialen Reproduktion und ihrer Ungleichheitsverhältnisse.

Wie jedoch im Sinne von *Didier Eribon* dieser abgerissene Faden unter den neuen ökonomischen und sozialen Bedingungen des Prekariats wieder aufgenommen werden kann – auch in der politischen Bildung – das wird eine Frage sein, die sich nur in einem größeren Maßstab und unter Beteiligung von Vielen bearbeiten lässt.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2017

→

Zum Autor



Professor Dr. Achim Schröder ist Jugend- und Bildungsforscher. Er war bis 2015 Direktor des Instituts für Soziale Arbeit und Sozialpolitik (isasp) an der Hochschule Darmstadt. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen in den Feldern Politische Jugendbildung, Pädagogische Konflikt- und Gewaltforschung, Jugendarbeit, Adoleszenz.

achim.schroeder@h-da.de
 achschroeder.net
 twitter.com/achschroeder

Literatur

- Baethge, Martin/Wieck, Markus (2016):** Soziale Segmentation und Disparitäten: Das schwere Erbe der Vergangenheit in der Berufsausbildung. In: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) (Hrsg.): Bildung in Deutschland. Befunde und Perspektiven aus dem Bildungsbericht 2016. Frankfurt am Main, S. 21–25
- Balzer, Nadine/Ristau, Yan/Schröder, Achim (2014):** Wie politische Bildung wirkt. Wirkungsstudie zur biographischen Nachhaltigkeit politischer Jugendbildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag
- Besand, Anja (2014):** Gefühle über Gefühle. Zum Verhältnis von Emotionalität und Rationalität in der politischen Bildung. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft, H. 3, S. 373–383
- Bourdieu, Pierre (1994):** Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main: Suhrkamp (zuerst erschienen 1979)
- Butler, Judith (2016a):** Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Butler, Judith (2016b):** Interview mit „Talking Politics“. Podcast am 17.11.2016 www.acast.com/talkingpolitics/judithbutler (Zugriff: 19.12.2016)
- Deutsche Shell (Hrsg.) (2000):** Jugend 2000. Opladen: Leske + Budrich
- Dustdar, Farah (2008):** Demokratie und die Macht der Gefühle. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 44–45, S. 32–38
- Eribon, Didier (2016):** Rückkehr nach Reims. Frankfurt am Main: Suhrkamp (zuerst erschienen 2009)
- Heidenreich, Felix (2012):** Versuch eines Überblicks: Politische Theorie und Emotionen. In: Heidenreich, Felix/Schaal, Gary C. (Hrsg.): Politische Theorie und Emotionen. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 9–26

- Hörisch, Jörg (2016):** Ich sehe was, was Du nicht siehst. Der Medienwissenschaftler Jochen Hörisch über Gefühlspolitik und das postfaktische Zeitalter; www.die-anstifter.de/2016/10/gedanken-zum-postfaktischen-zeitalter (Zugriff: 19.12.2016)
- Kroh, Maria/Fetz, Karolina (2016):** Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit der Gründung der Partei deutlich verändert. In: DIW Wochenbericht 34, 24.8.2016, S. 711–719
- Nachtwey, Oliver (2016):** Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Auf-begehren in der regressiven Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Schröder, Achim (2016):** „In kleinen Schritten die Welt verändern.“ – Ausgewählte qualitative Daten der FES-Studie 2015 und ihre biographische Deutung. In: Gaiser, Wolfgang/Hanke, Stefanie/Ott, Kerstin (Hrsg.): Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen. Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015. Bonn: Dietz, S. 107–130
- taz (Tageszeitung) (2016):** Ist die AfD die neue Arbeiterpartei? Berlin am 05.09.2016
- Tormey, Simon (2015):** Vom Ende der repräsentativen Politik. Hamburg: Hamburger Edition